



29.6.2011: Pressefrühstück aktion21 zum Thema: "Wutbürger überall. Auch bei uns. Nicht nur in Wien - in ganz Österreich"



Pressefrühstück der Aktion 21 - pro Bürgerbeteiligung, der Dachverband der Wiener Bürgerinitiativen

WANN: 29. Juni 2011, 9:30 Uhr

WO: Michl's, Reichratsstrasse 11

Moderation: Annette Scheiner

- \* Aktion 21 stellt konkrete Forderungen zur Bürgerbeteiligung an die Stadt Wien vor
  - \* Beginn einer österreichweiten Vernetzung von Bürgerinitiativen\_
- Vertreter aus den Bundesländern, Kärnten, Salzburg, Steiermark, Burgenland und Niederösterreich werden anwesend sein stellen sich kurz vor.
- \* Aktion 21: Im Moment werden 52 Bürgerinitiativen unterstützt mit über 100.000 Unterstützern.

Helmut Hoffmann (Vorstandsmitglied Aktion 21)

- \* Das Vertrauen in die Politik ist massiv beschädigt.
- \* Beispiele für Mangel an Moral und Anstand würden ein dickes Buch füllen
- \* @ Wutbürger: Vertuschen und Verdrehen von Tatsachen und Rechtsbeugungen gehören längst zum politischen Alltag und das hat in der Bevölkerung Empörung und Zorn und Wut zur Folge. Die Wut wird von Tag zu Tag gefördert. Der Wutbürger ist ein internationales Phänomen. Unbedeutende Ereignisse bringen das Pulverfass zu explodieren. Revolutionen beginnen heutzutage nicht mehr auf der Straße sondern im Internet. In Österreich leben wir auf einem demokratischen Pulverfaß und die Ruhe auf der Straße trägt.

Herta Wessely (Obfrau Aktion 21)

- \* Die Bürgerbeteiligung – die wir angeblich haben – ist eine reine Alibisache. Bürgerveranstaltungen sind nur dazu da, dass ein Projekt vorgestellt wird. Man darf dann ein bisschen eine Meinung dazu abgeben. Stellungnahmen zu einem Projekt werden nicht einmal berücksichtigt.
- \* Der Ablauf der Befragung zur Parkgarage Geblergasse ist in höchstem Maße skandalös. Es ist alles missachtet worden, was in einem demokratischen Staat eine Befragung ausmachen sollte. Frau Wessely kritisiert den Wiener Stadtschulrat, der den Schüler sagt, dass diese an die armen Autofahrer denken sollen. Es hat eine Befragung gegeben, wo die Schüler ausgeschlossen wurden. Erst hat man das Wahlalter heruntersetzt, wo es angenehm war, dass sie schon mit 16 Jahren Abstimmen dürfen und dort wo die Schüler selber betroffen waren durften sie nicht Mitstimmen. Da gab es Stimmzetteln mit Strichcode! Das ist unglaublich in einem demokratischen Staat.
- \* Über die Köpfe der Bevölkerung hinweg werden Projekte geplant und sie erfahren nichts oder nicht rechtzeitig davon. Wir wehren uns dagegen, dass uns wertvollsten Gründe verkauft werden, verbaut werden, zerstört werden und das alles nur wegen des Profits. Wo ist das Ende? Bis alles zubetoniert ist?

- \* Fordert mehr Partizipation in der repräsentativen Demokratie nach dem Vorbild der Schweiz. Die Bürgerbeteiligung muß rechtlich verankert werden. Fordert mehr Transparenz und eine Liste der Pros und Contras bei einem Projekt. Es muß auch ein Budget für Bürgerbeteiligung geben.
- \* Bezirksvertreter agieren wie „Kaiser“. Die haben einen zu großen Ermessensspielraum.
- \* Damals, wie man die repräsentative Demokratie installiert hat, hat man gedacht, dass man gute Politiker hat.

Gastreferat von DDr. Hubert Sickinger : "Partizipation als korruptionshemmender Faktor"

- \* Korruptionsarme Staaten sind nicht zufällig Staaten, wo es einen sehr breiten Informationszugang der Bevölkerung oder eine starke direkte Demokratie gibt. Besonders korruptionsarm sind Dänemark, Neuseeland, Finnland, Schweden Kanada, Niederlande, Australien, Schweiz, Norwegen (= best performers). Es fällt auf, dass es in Nordeuropa eine Tradition gibt – die älter ist als die Demokratie – nämlich der offene Informationszugang bei Behörden, in Schweden seit dem 18 Jahrhundert! Transparenz bedeutet niedrigere Korruption. Jeder Akt ist einsehbar für jeden Bürger, nicht nur für einen Bürger, der eine Parteistellung hat. Das führt dazu, dass die Verwaltung ganz anders agiert. Sie ist auch weniger parteipolitisch gesteuert. Bürgerbeteiligung schadet nicht der Machbarkeit von Projekten, sondern es ist eine kulturelle Frage.
- \* Entscheidende Frage: Ist die Verwaltung ein ausführendes Organ des Bürgers oder ist sie eine Machtinstitution für sich. Bei uns stützt sich die Behörde auf das „Amtsgeheimnis“. Stellt in Folge das Projekt [www.amtsgeheimnis.at](http://www.amtsgeheimnis.at) vor. Hier werden Fälle dokumentiert, wo sich Behörden bei Anfragen auf das Amtsgeheimnis berufen haben. Sickinger will das „Amtsgeheimnis“ transparent machen.
- \* Es gibt zwar Auskunftspflichtgesetze des Bundes und der Länder, aber auch die werden nicht wirklich umgesetzt. Die Obrigkeit entscheidet, welche Informationen den Bürgern gegeben werden. Der Bürger ist der Störfaktor für die Behörden.
- \* Für Schmiergeldzahlungen und Parteienfinanzierung gibt es keine Quittungen. Das ist eh klar. Aber mit der Veröffentlichung von Entscheidungsgrundlagen macht Korruption keinen Sinn.

Kurzvorstellung der neuen Bürgerinitiativen aus den Bundesländern.

- \* Bürgerinitiative Freunde des Dunkelsteinerwalds
- \* Verein Pro Thayatabahn
- \* VERKEHRT Bürgerinitiative St. Veit an der Glan
- \* Bürgeraktiv – Plattform
- \* Allianz gegen die S7
- \* Graz denkt – Zusammenschluß der BIs in Graz
- \* Vereinigte Bürgerinitiativen 380 kV

Schmankerln in der Diskussion und von Sprechern der BIs:

- \* Die Politik lässt sich Anfüttern.
- \* Die Lobbyisten werden ohne Mandat tätig und uns als Bürger will man verwehren ohne Mandat tätig zu werden. Das ist eine Verletzung der Gleichheit vor dem Recht.
- \* In Graz wird seit eineinhalb Jahren von einer Bürgerbefragung gesprochen, aber sie wird nicht durchgeführt.
- \* Etwas ähnliches wie in Hainburg haben wir jetzt an der Mur.
- \* Ich bin Richter in Pension. Ich bin bürgerinitiativ tätig geworden...
- \* Die Politik hat uns nicht einmal ignoriert.
- \* Behörden agieren zum Teil völlig gegen das Gesetz
- \* Email eines Ministerium an eine UVP-Behörde, wie vorgegangen werden soll (gegen die Bürger)
- \* Ohne Genehmigung wurde hektarweise Bäume gefällt. Es handelt sich um das Schnellstraßenprojekt der ASFINAG
- \* Bonmot des ehemaligen Landesamtdirektor der steirischen Landesregierung: „Beton ist rechtskräftig“
- \* Der Landeshauptmann wird vor Gericht stehen wegen: „Part of the game“. Der Prozeß wird am 6. Juli 2011 ablaufen.
- \* Man muß vorher 10% in die Parteikasse einzahlen und dann entscheidet die Partei: „JA, wir machen das“.
- \* Auflistung von Projektskandalen.
- \* Verhandlungstage haben bis zu 16 Stunden gedauert, bis 3 Uhr Früh.
- \* Man hat den Rechtsanwalt mit Polizei hinausschmeißen wollen.

- \* Wir sind 16 Bürgerinitiativen gegen die S36 und S37, die parallel zur Südautobahn nach Italien gebaut wird.
- \* Nicht einmal wenn der Landtag etwas beschließt halten sich die ausführenden Organe daran.
- \* Verwaltungsreform der Ignoranz. Die Ignoranz ist parteiunabhängig.
- \* Wir wollen alle Wahrheit haben von den Politikern und nicht Unredlichkeit.
- \* Wir wollen als Bürgerinitiativen nicht stören, sondern ernst genommen werden.
- \* Wir kämpfen gegen ein System, das nicht unseres ist.
- \* Die Umweltverträglichkeitsprüfung ist keine Prüfung, sondern eine Absegnungsmaschinerie.
- \* Offenlegung von Kosten für Inserate von verknüpften Projektwerbern und Baufirmen ist ein wichtiges Anliegen.
- \* Graz ist ein Weltkulturerbe, aber die Politik geht mit diesem Weltkulturerbe nicht gut um. In der Altstadt sprießen monströse Betonkubaturen aus dem Boden. Die Anzeigen dazu lauten auf „Anlegerwohnungen“, die nur wegen Inflationsängsten gekauft werden, aber nicht bewohnt werden.
- \* Gehen Sie auf die Leute zu. Machen Sie Infostände.
- \* Aufstehen – Widerstehen – und im Notfall Brüllen!